Schlagwort-Nr. 7089. Online seit 14.05.2013, aktualisiert am 31.07.2013.

Pariser Konferenz des Obersten Rats der Alliierten vom 24. bis zum 29. Januar 1921

Die Pariser Konferenz des Obersten Rats der Alliierten vom 24. bis zum 29. Januar 1921 war Teil der langwierigen Verhandlungen über die deutschen Reparationsleistungen nach dem Ersten Weltkrieg. Hier wurde ein Zahlungsplan verabschiedet, der als Verhandlungsgrundlage für die folgende Londoner Konferenz vom 1. bis zum 7. März dienen sollte. Er sah eine Gesamtsumme von 226 Milliarden Goldmark vor, die das deutsche Reich in 42 Jahren abzubezahlen hatte. Die Raten betrugen dabei anfangs zwei Milliarden und stiegen auf sechs Milliarden an. Zusätzlich sollte das Reich 12 % vom Wert seiner Exporte abführen. Als die Reichsregierung diesen Plan in London ablehnte, besetzten die Alliierten am 8. März Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort und lösten das gesamte Rheinland aus dem deutschen Zollgebiet heraus.

Literatur:

BÜTTNER, Ursula, Weimar. Die überforderte Republik. 1918-1933, in: BENZ, Wolfgang (Hg.), Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 18: 20. Jahrhundert (1918-2000), Stuttgart 2010, S. 171-767, hier 381 f.

HUBER, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 7: Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik, Stuttgart 1984, S. 170.

Empfohlene Zitierweise:

Pariser Konferenz des Obersten Rats der Alliierten vom 24. bis zum 29. Januar 1921, in: 'Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917-1929)', Schlagwort Nr. 7089, URL: www.pacelli-edition.de/Schlagwort/7089. Letzter Zugriff am: 21.05.2024.